

Tabakarbeiter

Erscheint Sonnabends. Redaktionschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40 A
ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 A
für die schlagpatrone Millimeterzeile.
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen.
An der Wetde 20. Tel. Domshofde 2 07 80

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-
antwortlich für den redaktionellen Teil
Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Hufung, Druck: J. H.
Schmalzfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 30

Bremen, 23. Juli

Jahrgang 1933

Können die Barone den Kapitalismus retten?

Von Fritz Larnow

Im Jahre 1929 wurden in Deutschland für etwa 75 Milliarden Reichsmark Güter produziert, ohne daß damit die vorhandene Produktionskraft voll ausgenutzt worden wäre. Nach der gegebenen Leistungsfähigkeit wäre auch eine Erzeugung von 80 oder 90 Milliarden sehr wohl möglich gewesen.

In der Gegenwart ist die Jahresleistung der deutschen Volkswirtschaft auf nicht viel mehr als 40 Milliarden zusammengeschrumpft. Unter Berücksichtigung der gesunkenen Preise beträgt der Mengenrückgang mindestens ein Drittel. Warum das? Keine Naturkatastrophe hat uns die Produktionsmöglichkeiten zerschlagen, kein Nachlassen der Arbeitsfähigkeit oder des Arbeitswillens ist die Ursache. Die Sachfaktoren für die Gütererzeugung sind noch im gleichen Umfange vorhanden wie in der Konjunkturzeit. Sind etwa die Menschen zu dem Entschluß gekommen, weniger zu verbrauchen und deswegen die Erzeugung einzuschränken? Ganz im Gegenteil: Alle verzweifeln und lehnen sich auf gegen die sozialen Nöte, die der Einschrumpfungsvorgang mit sich bringt.

Warum also wird nicht mehr produziert? Warum darben die Menschen und lassen dennoch die Produktionsmöglichkeiten brachliegen? Weil es ihnen die kapitalistische Wirtschaftsverfassung nicht erlaubt. Weil dieses Wirtschaftssystem vollkommen unfähig und unbrauchbar geworden ist und die Menschen sich noch nicht dazu entschließen können, die Wirtschaft auf anderer Grundlage zu organisieren. In den Getreideländern läßt man massenhaft das Korn verfaulen oder brennt die Ähren der reifen Frucht einfach ab, das ist nämlich billiger, als erst noch die Ernte zu bergen, um sie dann wegen Absatzmangels verkommen lassen zu müssen. Die Baumwollorganisationen Amerikas haben angeordnet, daß jede dritte Reihe der Baumwollstauden nicht mehr abgeerntet werden soll. In Texas sind die Deltürme von Regierungstruppen besetzt, die alle Quellen gewaltsam geschlossen halten. Die brasilianische Regierung stürzt viele Millionen Sachkaffee ins Meer oder läßt ihn zu Brikketts verarbeiten. Die Kautschukerhebände haben einen Pflanzenschädling gezüchtet und in den Plantagen ange-

setzt, um die Gummibäume zum Verdorren zu bringen.

Aber alle diese und ähnliche Anschläge gegen den übersprudelnden Segen der Natur bringen nicht den erhofften Erfolg. Die unverkäuflichen Rohstoffvorräte werden nicht weniger. Sowie man die Produktion auch abdrosselt, sie bleibt immer noch zu groß, weil der Verbrauch der Völker noch schneller zurückgeht. Mit unerbittlicher Konsequenz arbeitet das System nach den Gesetzen seiner eigenen Mechanik. **Einschränkung der Produktion heißt Arbeiterentlassungen und Vernichtung von Kaufkraft.** Verminderung von Kaufkraft heißt Absatzrückgang. Absatzrückgang heißt wiederum neue Produktionseinschränkung.

Aus diesem höllischen Zirkel findet das System nicht mehr heraus und die kapitalistischen Wirtschaftsführer und Staatsmänner stehen völlig rat- und hilflos der **beispiellosen Zerstörung** gegenüber, die der toll gewordene Kapitalismus anrichtet. Im Zeitraum eines Jahres ist der **Welthandel** auf die Hälfte zusammengefallen. Die einzelnen Staaten vertriehen sich vor dem drohenden Untergang hinter dem eingebildeten **Schutz erhöhter Zollmauern, radikaler Einfuhrsperren** und anderer **Handelshemmnisse**. Obwohl doch jeder weiß, daß damit das allgemeine Unheil nur noch vergrößert wird. In mehr als zwei Duzend Ländern ist die Währungsgrundlage teils zusammengebrochen, teils freiwillig verlassen worden. In anderen Ländern wird durch eine **Devisenzwangswirtschaft** in gleicher Weise der Kreislauf der Weltwirtschaft unterbunden und Blutleere in der eigenen Volkswirtschaft erzeugt. Ueber den öffentlichen Rassen nisten die Pleitegeier ebenso wie über den Unternehmungen der Privatwirtschaft.

Das kapitalistische System steckt in einer so verzweifelten Klemme, daß die Bedingungen für den Uebergang zu einem neuen Wirtschaftssystem niemals so günstig waren als heute. Was vom Standpunkt einer normal funktionierenden kapitalistischen Wirtschaft aus unmöglich erscheint, einen schnellen Systemwechsel vorzunehmen, ohne den Wirtschaftsertrag zu schmälern, das ist heute angesichts der Fülle von brachlie-

gender Produktionskraft kein Problem mehr. Soweit es sich nur um die technische und organisatorische Seite der Aufgabe handelt, wäre es kinderleicht, mit den vorhandenen Sachfaktoren die Gütererzeugung und die allgemeine Versorgung sofort zu vergrößern. Die Frage ist nur, ob die politische Entschlußkraft dafür aufzubringen ist, ob es gelingt, die Politik in diese Richtung zu stoßen.

Die kommende Reichstagswahl soll Aufschluß darüber geben, wie es bei uns mit dieser Aussicht bestellt ist. Die **Papen-Regierung** der Barone hat sich mit bankenswerter Offenheit beeilt, ihren wirtschaftlichen und sozialen Kurs festzulegen. „Anpassung der Verhältnisse an die Armut der Nation“ heißt die Formel und „Abbau des Wohlfahrtsstaates“. Also nicht die Vergrößerung der Versorgung durch Mobilisierung der produktiven Kräfte, sondern die Anpassung des Elends an die Schrumpfung der Wirtschaft. Nur um das kapitalistische Wirtschaftssystem, dem sie verhaftet ist, nicht antasten zu müssen, ist diese Regierung bereit, die Lebensmöglichkeiten des Volkes zu opfern.

Ein ehernes Gesetz der Geschichte fordert einen anderen gesellschaftlichen Ueberbau, wenn die ökonomischen Fundamente sich verändern. Kein Zweifel, wir stehen in einer revolutionären Periode ökonomischen Systemwechsels. Die politische Entwicklung unserer Zeit bewegt sich dazu in einem viel zu unnatürlichen Gegensatz, als daß sie Bestand haben könnte. Das kapitalistische System ist dem Untergange geweiht und mit ihm sind es die politischen Mächte, die sich der Entwicklung entgegenstemmen wollen. Kurzfristige Tageserfolge können die Geschichte nicht aus ihrer natürlichen Bahn werfen. Unser ist die Zukunft! Und welche Manöver auch immer die Verteidiger eines sterbenden Systems noch versuchen mögen, sie können höchstens den Ablauf verzögern, aber nicht verhindern.

Das ist die Zuversicht, in der sich die sozialistische Arbeiterenschaft auch durch vorübergehende politische Bedrückungen nicht irre machen läßt. Das ist die Zuversicht, mit der sie den Reichstagswahlkampf führt und darüber hinaus sich für den Einmarsch in die sozialistische Gesellschaftsordnung vorbereitet.

Die Zigarettenarbeiter fordern!

Rauch- und Schnupf- tabakherstellung

Reichstarifvertrag, allgemeinverbindlich

Mit Wirkung vom 16. Juni 1932 wurde die am 28. Mai getroffene Vereinbarung über die Wiederinkraftsetzung und Aenderung des Reichstarifvertrages vom 2. November 1928 nebst Anhängen vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt.

Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag. — Die allgemeine Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages vom November 1928 nebst Anhängen hatte geendet.

Gesundheitspflege

Der Hitzschlag, der besonders an Tagen großer Schwüle, bei feuchtwarmer „Treibhausluft“ auftritt, ist in einem Verlagen der natürlichen Abkühlungsvorrichtung unseres Körpers begründet. Es kann nämlich dabei der Schweiß nicht verdunsten, und so steigt unsere Körpertemperatur mehr und mehr, bis es schließlich, ähnlich wie beim Sonnenstich, zu Kopf- und Halsschmerzen, Verwirrungszuständen, zu Störungen des Sprachvermögens und Bewußtlosigkeit kommt. Fehlt rechtzeitige Hilfe, so ist nicht selten der Tod die unausbleibliche Folge. Wer helfen kann, der bringe einen solchen Kranken rasch in den Schatten oder einen kühlen Raum, öffne ihm alle beengenden Kleidungsstücke, besprizt ihn mit kaltem Wasser und sorge baldmöglichst für ärztliche Hilfe. Bevor das Bewußtsein völlig wiedergekehrt ist, hüte man sich, dem Kranken Wasser, Kaffee oder sonst eine Flüssigkeit einzufloßen. Wichtig ist es, zu wissen, daß man einen Hitzschlag auch in geschlossenen Räumen, die schlecht gelüftet sind, bekommen kann.

Vorsicht ist ferner vonnöten, wenn man sich in den heißen Augusttagen durch Baden und Schwimmen ein wenig Kühlung und Erfrischung verschaffen will. Vor allem darf nie an verbotenen Stellen gebadet werden, die durch Strudel oder Untiefen auch dem geübten Schwimmer gefährlich werden können. Niemals gehe man mit vollem Magen ins Wasser, und stets kühle man sich vor dem Bad genügend ab. Auch ein zu langes Verweilen im Wasser ist schädlich. Sobald Frösteln oder Frieren auftritt, muß man sofort das Bad verlassen. Im allgemeinen soll die Badezeit, allmählich ansteigend, nicht mehr als $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Stunde betragen. Kranke, insbesondere Herz- oder Lungenkranke, sollten nur dann im Freien baden oder schwimmen, wenn ihnen der Arzt dies ausdrücklich gestattet hat. Wer durch ein Ohrenleiden etwa ein Loch im Trommelfell zurückbehalten hat, der ist durch die Möglichkeit des Eindringens von Wasser ins Ohr schwer gefährdet. Solche Menschen sollten stets, wenn sie ins Wasser gehen, einen Schutz tragen, der in Gestalt von fetthaltiger Watte oder einem kleinen Kügelchen aus Wachs das Loch im inneren Ohre wasserdicht zu schließen vermag.

Dr. C. R.

Nachstehend veröffentlichen wir die Anträge der Gewerkschaften zum Haupt- und Zusatzvertrag für die deutsche Zigarettenindustrie. Diese Anträge sind so klar und eindeutig formuliert, daß sie sofort erkennen lassen, was im Gegensaß zu den Forderungen der Zigarettenfabrikanten, die wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 28 veröffentlicht haben, geändert und erhalten werden muß. Aus diesem Grunde können wir auch auf eine weitere Erläuterung und Würdigung der beiderseitigen Anträge verzichten.

Die am Hauptvertrag beteiligten Gewerkschaften haben beantragt, die nachstehend angeführten Bestimmungen wie folgt zu formulieren:

§ 2

Arbeitszeit, Ueberstunden u. Sonntagsarbeit

1. Als Arbeitszeit gilt bis zur Wiederherstellung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse die fünf tägige Arbeitswoche gleich 40 Stunden mit der Maßgabe, daß der Sonnabend ein Ruhetag ist.

2. Sofern Betriebsnotwendigkeiten vorliegen, kann mit Zustimmung der Betriebsvertretung der Sonnabend als Normalarbeitstag mit 8 Stunden gegen einen anderen Werktag der gleichen Woche ausgetauscht werden. Nur am 24. Dezember ist spätestens mittags 1 Uhr Arbeitsschluß.

3. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen sind gemäß § 134 der Gewerbeordnung in der Arbeitsordnung festzulegen.

4. Die Leistung von Ueberstunden darf nur verlangt werden, wenn die Einstellung von Arbeitskräften oder die Einlegung von Schichtarbeit unmöglich ist. Im Bedarfsfalle sind nach Zustimmung der Betriebsvertretung Ueberstunden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit zu leisten.

5. Erfolgt keine Einigung zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung über die Leistung von Ueberstunden, so entscheidet über die Berechtigung derselben endgültig und bindend der örtliche Fachschlichtungsausschuß, der sich zu diesem Zwecke für die Dauer des Tarifvertrages oder für den einzelnen Fall einen unparteiischen Vorsitzenden wählt.

6. Wird in einem Betriebe die Leistung von Ueberstunden verlangt bis zu zwei Stunden wöchentlich und längstens auf die Dauer von 13 Wochen innerhalb der Vertragsperiode, so sind diese Ueberstunden zu leisten, ohne daß es einer Entscheidung des Fachschlichtungsausschusses bedarf.

7. Für alle Arbeitsstunden, die über die festgesetzte tägliche Arbeitszeit hinaus geleistet werden, ist ein Zuschlag von 25 Prozent zu bezahlen.

8. Bei Ueberstunden ist eine viertelstündige Pause dann zu gewähren, wenn durch Ueberstunden eine mehr als vierstündige ununterbrochene Arbeitszeit entsteht. Die Pause geht für alle Arbeitnehmer auf Kosten des Arbeitgebers, wenn die Ueberarbeit eine Stunde beträgt. Die Pause ist einzuhalten.

9. Für alle Arbeitsstunden, die in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens geleistet werden müssen, ist ein Lohnzuschlag von 50 Prozent; für alle an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen geleistete Arbeit ist ein Lohnzuschlag von 100 Prozent zu zahlen. Als Sonntagsarbeit gilt alle Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen.

10. Bei Einlegung von Schichtarbeit wird für alle Arbeitszeit zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens ein Lohnzuschlag von 25 Prozent gezahlt. Falls technische Schwierigkeiten oder behördliche Maßnahmen (Kohlenmangel, elektrische Stromzufuhr nur bei Nacht usw.) Nachtarbeit erforderlich machen, so wird ein Lohnzuschlag von 10 Prozent gezahlt.

11. Für Arbeit, die ihrer Natur nach Schichtarbeit ist (Heizer, Pförtner usw.), wird kein Zuschlag bezahlt. Soweit solche Schichtarbeit vertretungsweise geleistet wird, tritt ein Zuschlag in Höhe von 10 Prozent ein.

12. Eine Lohnminderung infolge der Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit (Abs. 1) darf für keinen Arbeitnehmer eintreten.

§ 5

Ferien

Absatz 1 bleibt wie bisher.

Absatz 2 bleibt wie bisher.

8. Tritt ein Arbeitnehmer nach dem 1. Oktober in einem Betriebe, in dem er schon früher beschäftigt war, wieder in Arbeit, so behält er im laufenden Jahr seinen vollen Urlaubanspruch, nachdem er drei Monate wieder gearbeitet hat und wenn der Austritt seinerzeit infolge Arbeitsmangels oder auf Veranlassung der Firma erfolgte, ohne daß ein Verschulden des Arbeitnehmers vorlag. Der Austritt darf nicht länger als ein Jahr zurückliegen.

4. Bisherige Ziffer 3 wird Ziffer 4.

5. Wer nach dem 1. Oktober des vergangenen Kalenderjahres und vor dem 1. Juli des laufenden Jahres in einem Betriebe, in welchem er noch nicht beschäftigt war, eingestellt ist, erhält im ersten Jahr für je drei volle Beschäftigungsmonate einen Tag Ferien, doch wird in diesem Falle die halbe Branchenzugehörigkeit nicht angerechnet. Diesen Arbeitnehmern sollen die Ferien möglichst im September gewährt werden.

Wer innerhalb der Ferienperiode den Betrieb wechselt und bereits seine vollen tariflichen Ferien erhalten hatte, kann in dem neuen Betriebe einen Ferienanspruch in dieser Ferienperiode nicht mehr geltend machen.

6. Bisherige Ziffer 5 wird Ziffer 6.

7. Bisherige Ziffer 6 wird Ziffer 7.

8. Krankheit oder Arbeitsverhinderung auf Grund behördlicher Verordnung unterbrechen die Beschäftigungsdauer nicht. Arbeitnehmer, die jedoch während der ganzen Dauer der Ferienperiode an der Arbeit verhindert waren, können keinen Ferienanspruch geltend machen.

Bisherige Ziffer 8 ist zu streichen.

§ 6

Sozialleistungen

Ziffer 1 und 2 bleiben bestehen.

§ 7

Neueinstellungen

In Ziffer 2 wird der 2. Satz: „Bei Mangel an ... usw.“ gestrichen.

§ 9

Schlichtungsverfahren

Der Ziffer 6 wird folgender 2. Satz angefügt: „Als Beisitzer können nur Mitglieder bzw. verantwortliche Angestellte der vertragsschließenden Verbände fungieren.“

Der neue Reichstarifvertrag

Als wir in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ über den Verlauf und das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung der Tarifstreitigkeit in der Zigarrenherstellung berichteten, haben wir klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die mit der Erneuerung des Reichstarifvertrages verbundenen Verschlechterungen sachlich durchaus nicht begründet sind. Das gilt sowohl für den allgemeinen Lohnabbau wie auch für eine Reihe von Änderungen im einzelnen. Wenn die Mehrheit der in Hamburg anwesenden Verbandsfunktionäre trotzdem einer Vereinbarung zugestimmt hat, die der Zigarrenarbeiterschaft schwere Opfer auferlegt, dann einzig und allein aus dem Bestreben heraus, noch Schlimmeres zu verhüten. Denn darüber sollte sich niemand täuschen: in einer Reihe von Orten und Betrieben würde es nicht möglich gewesen sein, auch nur das zu halten, was jetzt durch Vereinbarung festgelegt worden ist, wenn es nicht wieder zu einem Tarifvertrag gekommen wäre.

Nun wird man einwenden können, daß es unter den gegebenen Verhältnissen richtiger gewesen wäre, einen Schiedspruch fällen zu lassen, denn dann hätten der Schlichter und die Zigarrenfabrikanten die Verantwortung für die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gehabt. Wer einen solchen Einwand erhebt, darf nicht übersehen, daß ein Schiedspruch unter keinen Umständen besser ausgefallen wäre als die getroffene Vereinbarung. Oder glaubt jemand im Ernst, daß ein vom Schlichter mit den Stimmen der Zigarrenfabrikanten gefällter Schiedspruch einen geringeren Lohnabbau oder eine bessere Ferienregelung gebracht hätte?

Aber selbst den allergünstigsten Fall angenommen: Der Schiedspruch hätte im großen und ganzen der getroffenen Vereinbarung entsprochen und der R. D. Z. hätte seine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Dann wäre es doch Pflicht der Tabakarbeiter-Verbände gewesen, sich mit aller Entschiedenheit gegen die Verbindlichkeitserklärung des von ihren Vertretern abgelehnten Schiedspruches zu wehren. Und die Folge? Der Reichsarbeitsminister hätte den Schiedspruch nicht für verbindlich erklärt und der Reichstarifvertrag für die Zigarrenherstellung hätte der Vergangenheit angehört. Ein tarifloser Zustand jedoch, der — nebenbei bemerkt — auch ein weiteres Auseinandergehen der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit sich gebracht hätte, mußte aus den oben angeführten Gründen nach Möglichkeit vermieden werden.

Das waren die Ueberlegungen, die schließlich — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — zur Annahme der getroffenen Vereinbarung geführt haben. Jetzt kommt es darauf an, daß das, was vereinbart ist, auch überall reiflos durchgeführt wird. In Zukunft darf es keinen Betrieb mehr geben, in dem die tariflichen Bestimmungen in irgendeiner Form umgangen werden. Die Leitung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes ist gewillt, ihre ganze Kraft einzusetzen, um Zigarrenfabrikanten, die auch jetzt noch versuchen sollten, unter Wasser zu schie-

ßen, Vernunft beizubringen. Sie wird Tarifbrecher, selbst wenn sie dem Vorstand einer Bezirksgruppe des R. D. Z. angehören sollten, in aller Öffentlichkeit rücksichtslos anprangern. Es muß endlich einmal mit dem Zustand Schluß gemacht werden, daß Zigarrenfabrikanten sich einfach über die tariflichen Bestimmungen hinwegsetzen, indem sie die Notlage der Arbeiterschaft in einer an Erpressung grenzenden Art und Weise ausnutzen.

Wenn wir uns jetzt den Einzelheiten des neuen Reichstarifvertrages für die deutsche Zigarrenherstellung zuwenden, dann nicht in der Absicht, noch einmal jede Änderung anzuführen, die sich aus dem Wortlaut der Hamburger Vereinbarung vom 7. Juli 1932 ohnehin ergibt. Uns kommt es nur darauf an, darzulegen, welche Änderungen grundsätzlicher Art eingetreten sind. Dabei handelt es sich zunächst um die Gewichtsstaffeln. Während bisher die unterste Gewichtsstufe bei Formen- und Quetscharbeit mit 10½ Pfund nach oben abschloß und dann bis zu 18 Pfund um je 1½ Pfund gesteigert wurde, schließt sie vom 1. August an schon mit 8½ Pfund ab, steigt dann bis zu 10 Pfund um je ½ Pfund und von da an bis zu 18 Pfund um je ¼ Pfund. Ueber 18 Pfund hinaus geht es dann wie bisher um je 1 Pfund die Stufe weiter. Dieselbe Regelung ist bei der Hand- und Pennalarbeit getroffen worden, nur daß hier die Staffeln unter 9½ Pfund fehlen. Auch bei Zigarillos über 6 und unter 3 Pfund sind die 1-Pfund-Staffeln durch ½-Pfund-Staffeln ersetzt worden. Außerdem sind bei Stumpfen, die unter 10 Pfund liegen, neue Gewichtsstaffeln hinzugekommen.

Grundslegend geändert ist auch die Altersgruppierung der Zeitlohnarbeiter, deren Lohn vom 1. August an von Jahr zu Jahr steigen soll, während jetzt der Zeitlohn für Arbeiterinnen und Arbeiter über 16 Jahre alle zwei Jahre steigt. Dabei ist die Sicherung getroffen worden, daß durch die neue Staffellung der Lohn für die im Betriebe befindlichen Arbeitnehmer nicht mehr als 5 v. H. unter den bisherigen Zeitlohn gesenkt werden darf. Neu ist die Bestimmung, monach für Zeitlohnarbeiter an motorisch betriebenen Zigarren-, Zigarillo- und Wickelmaschinen ein Zuschlag zu vereinbaren ist. Mit dieser Formulierung haben die Zigarrenfabrikanten den von den Tabakarbeiter-Verbänden schon längere Zeit vertretenen Grundsatz anerkannt, daß die an Maschinen beschäftigten Zeitlohnarbeiter einen höheren als den üblichen Lohn zu beanspruchen haben. Daselbe gilt sinngemäß für Facharbeiter, die mit ihrer Facharbeit beschäftigt werden. Ihr Zeitlohn ist so festzusetzen, daß sie mindestens den durchschnittlichen Akkordverdienst erreichen können.

Im übrigen darf das für die Zigarrenarbeiterschaft unbefriedigende Ergebnis der Hamburger Schlichtungsverhandlungen nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch der R. D. Z. manchen Flock hat zurückstecken müssen. So sind die Ferien, die er bis auf weiteres gänzlich streichen wollte, geblieben. Nur für das Notjahr 1932 muß sich die Zigarrenarbeiterschaft mit einem Ferienlohn in Höhe von 60

v. H. begnügen. Auch der Lohnabbau ist, wie ein Vergleich der Hamburger Vereinbarung mit den Forderungen des R. D. Z. zeigt, nicht entfernt in dem von den Zigarrenfabrikanten gewünschten Umfang eingetreten. Insbesondere gilt das für Sortierer und Kistenmacher, sowie für Quetsch- und Pennalarbeiter.

Darüber hinaus ist es den Tabakarbeiter-Verbänden trotz der für sie außerordentlich ungünstigen Zeit gelungen, noch einige Verbesserungen für die Arbeiterschaft in den Reichstarifvertrag hineinzubringen. Auf die Bestimmungen für die Zeitlohnarbeiter, soweit sie an Maschinen oder mit Facharbeit beschäftigt werden, haben wir schon hingewiesen. Außerdem ist angesichts der großen Arbeitslosigkeit zwischen den Tarifkontrahenten vereinbart worden, daß von der Betriebsleitung zusammen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung geprüft werden soll, ob nicht nach Lage der Betriebsverhältnisse und der gesamten Arbeitslosigkeit, die Arbeitszeit verkürzt werden kann. Wo das möglich ist, soll die Verkürzung erfolgen. Auch Ueberarbeit soll nach Möglichkeit vermieden werden, um dafür neue Arbeitskräfte einstellen zu können.

Zusammenfassend möchten wir noch einmal unterstreichen, was wir schon in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ ausgeführt haben: Mehr als in der Hamburger Vereinbarung enthalten ist, war auf dem Verhandlungswege für die Zigarrenarbeiterschaft mit dem besten Willen nicht herauszuholen. Jetzt muß die Kollegenschaft wie ein Mann zusammenstehen, um die Voraussetzungen zu schaffen, damit später zurückerobert werden kann, was im Augenblick durch die Ungunst der Verhältnisse verlorengegangen ist.

Abgeschlossene Bezirkstarifverträge

Nach den uns vorliegenden Mitteilungen ist es in Brandenburg-Pommern, Biesen, Hamburg, Oberbaden, Sachsen, Schlesien und Süddeutschland zum Abschluß von Bezirkstarifverträgen gekommen. Dagegen bestehen in Bremen, Mitteldeutschland, Nordost, Rheinland, Untermain und Westfalen noch mehr und minder große Differenzen, über die am 21. Juli die in der Hamburger Vereinbarung vorgesehene Schiedsstelle entscheiden wird. In der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“ werden wir dann zusammenfassend über das Ergebnis der Bezirkstarifverhandlungen berichten.

Deutscher

Tabakarbeiter-Verband

Bremen, An der Weide 20.

Fernruf: Amt Domsheide 20 780.

Verbandsvorsitzender: Ferdinand H u n g.
Geld- und Einschreibungen nur an Johannes K r o h n, Postfachkonto: 5349, Postfachamt Hamburg, Bankkonto: Bankeinstellung der GGG Hamburg, und Bank der Arbeiter, Ungeheuer und Beamten Filiale Bremen.
Ausführungsvorsitzender: Louis S c h o e n e, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer 70.

14. Kongreß der dänischen Tabakarbeiter

Am 26. Juni und folgende Tage fand der 14. Kongreß des dänischen Tabakarbeiter-Verbandes in Kopenhagen statt.

Am dem Kongreß nahmen teil: 93 Delegierte und die Vorstandsmitglieder des Verbandes. Als Gäste waren anwesend: Chr. Jensen (Dänemark) als Vertreter des dänischen Gewerkschaftsbundes, Tiedermann (Deutschland), Schifferstein (Schweiz), v. d. Hoeven (Holland), Eliasson (Schweden), Johansen (Norwegen), Th. Nielsen als Vertreter des dänischen Kautabakarbeiter-Verbandes und der Sekretär des Internationalen Tabakarbeiter-Verbandes, Hufung.

Aus dem vorliegenden Rechenschaftsbericht ging hervor, daß der dänische Tabakarbeiter-Verband 7803 Mitglieder am Schlusse des Jahres 1931 gegen 7439 am Ende des Jahres 1927 zählte. Dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß am Ende des Monats Mai 1932 der Verwaltungsfonds aus 30 866,05 Kronen, der Streikfonds aus 1 959 892,53 Kronen und der Ferienlohnfonds aus 50 612,44 Kronen bestand, insgesamt also ein Vermögen von 2 041 371,02 Kronen vorhanden war. In der Arbeitslosen-Krisenkasse usw. war ein Bestand von 916 553,80 Kronen vorhanden. Bei dem Arbeitslosen- usw. Fonds ist jedoch zu beachten, daß in Dänemark eine staatliche Arbeitslosenunterstützung nicht besteht, sondern der Staat einen bestimmten Zuschuß an die Gewerkschaften leistet, der in einem bestimmten Verhältnis steht zu den Beiträgen, die die Mitglieder für die Gemährung der Arbeitslosenunterstützung zahlen. In diesem Fonds ist also der staatliche Zuschuß mit enthalten bis auf einen Betrag in Höhe von 684 838,67 Kr., den der dänische Staat für die rückliegende Zeit noch zu entrichten hat. Aus dem Bericht ging ferner hervor, daß der Verband mit gutem Erfolge die Interessen der Mitglieder in der fünfjährigen Berichtsperiode vertreten konnte.

Die Aussprache über den schriftlichen Tätigkeitsbericht, den der Kollege Olsen durch mündliche Ausführungen ergänzte, war eine sehr rege Bemerkenswert war, daß auch das Vordringen der Maschinenarbeit und die daraus den Tabakararbeitern entstehenden Gefahren besprochen wurden. Einige Redner wünschten, durch internationales Zusammenwirken ein Verbot der Maschinenarbeit anzustreben. Dieses Verlangen konnte sich der Kongreß nicht zu eigen machen, es wurde vielmehr darauf hingewiesen, daß bei der fortschreitenden Mechanisierung der Industrie auf einen beschleunigten Abbau der Arbeitszeit im Rahmen der vom IGB. gestellten Forderungen gedrängt werden müsse. Der Tätigkeits- und Kassenbericht wurde dann genehmigt und Richtlinien über die künftige Gestaltung der Lohnpolitik angenommen. Ein von syndikalistischer Seite eingebrachter Antrag, der den Austritt des dänischen Tabakarbeiter-Verbandes aus dem dänischen Gewerkschaftsbund verlangte, wurde nach eingehender Diskussion mit 80 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Als dann wandte sich der Verbandstag der Statutenberatung zu. Angenommen wurde ein Antrag, der vorsieht, daß den arbeitslosen Mitgliedern für die Ferien-

woche eine einmalige Unterstützung von je 40 Kronen gezahlt werden soll. Die Auszahlung erfolgt nur an solche Mitglieder, die vor dem 1. Juni ununterbrochen mindestens 6 Wochen arbeitslos waren. Anträge der Opposition, die die Zuständigkeit des Kongresses, das Vertretungsrecht zum Kongreß und die Urabstimmung zur Wahl des Verbandsvorstandes usw. betrafen, wurden verworfen. Die Wahl des Verbandsvorstandes ergab die Wiederwahl der Kollegen E. Olsen zum ersten Vorsitzenden und Hans Hansen zum Kassierer. Zum zweiten Vorsitzenden bzw. Sekretär wurde der Kollege Anton Andersen gewählt. Die zur Vorstandswahl gemachten Vorschläge der Opposition fanden nicht die Zustimmung des Kongresses. Die bisherigen Beisitzer des Vorstandes, die der Opposition angehörten, wurden nicht wiedergewählt.

Der Kongreß nahm einen sehr guten Verlauf. Hoffen wir, daß die von ihm gefaßten Beschlüsse sich zum Wohle unserer dänischen Bruderorganisation und ihrer Mitglieder auswirken.



Der IGB. zum freiwilligen Arbeitsdienst

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner letzten Sitzung abschließend Stellung zur Frage des Arbeitsdienstes genommen. Er wird das Ergebnis seiner Beratung der Reichsregierung unterbreiten. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wendet sich auf das entschiedenste gegen alle Pläne, die in irgendeiner Form eine Arbeitsdienstpflicht vorsehen oder die den freien Arbeitsmarkt noch weiter einengen. Er tritt ein für eine wirksame Arbeitshilfe für die jugendlichen Erwerbslosen, aufgebaut auf absoluter Freiwilligkeit. Soweit außer beruflichen Schulungsmaßnahmen bestimmte Arbeitsobjekte in Frage kommen, muß deren unbedingte Zufälligkeit gewährleistet sein.

Bekanntmachungen

Am 23. Juli ist der 30. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

9. Juli, Frankenhäusen 125.—, Lübbesen 40.—, Prenzlau 80.—, Bischofswerda 80.—, Geringswalde 50.—, Braße 400.—, Sulingen 20.—, Bielefeld 300.—, Hannover 600.—, Neuhütten 3.50.

11. Danzig 150.—, Plauen 27.05, Haynrode 12.25, Waldkappel 49.40, Helmershausen 177.—.

12. Ratibor 18.55, Freital 100.—, Lübed 19.30, Bentorf 56.10, Unterlieben 65.85, Nordhausen 200.—, Pfaffenhofen 40.—, Neues 18.—.

13. Bremen 300.—, Obercunnersdorf 275.—, Sonneborn 25.—, Calbe 14.95, Schweidnitz 1.60, Mainz 20.20, München 89.40, München 1000.—, Unterheinriet 22.40.

14. Dresden 1000.—, Cossen 9.45, Seelen 40.—, Naßhausen 39.65, Schwab.-Hall 22.20, Leipzig 400.—, Dillenburg 6.65.

15. Rotenburg 58.35, Zwickau 40.—.

16. Breslau 800.—.

Bremen, den 19. Juli 1932.

Joh. Krohn.

Gestorben sind:

Am 2. Juni die Widelmacherin Elise Ruskenpöhler, 78 Jahre alt (Zahlstelle Verden).

Am 7. Juni die Widelmacherin Wilhelmine Müller, 68 Jahre alt (Zahlstelle Verden).

Am 13. Juni der Zigarrenarbeiter Karl Dettling, 82 Jahre alt (Zahlstelle Bad Deynhausen).

Am 16. Juni der Zigarrenarbeiter Heinrich Röbel, 50 Jahre alt (Zahlstelle Hildesheim).

Am 17. Juni die Zigarrenarbeiterin Elsa Reifert, 46 Jahre alt (Zahlstelle Braunschwalde).

Am 20. Juni der Zigarrenarbeiter Wilhelm König, 48 Jahre alt (Zahlstelle Blotho).

Am 21. Juni der Kollege Bruno Marcinkowski, 39 Jahre alt (Zahlstelle Danzig).

Ehre ihrem Andenken!

Unserem Kollegen

Walter Mook

zu seinem am 25. Juli stattfindenden 50. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Zahlstelle Soest

Billige böhmische Bettfedern.



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Die Eisernen Front ruft: Volk, hab' acht!

Die rechtsstehende „Weser-Zeitung“ bringt folgenden Bericht über eine Versammlung, die der Nationalsozialist Gottfried Feder in Bremen abgehalten hat, in der er erklärte:

Vielleicht kommt es gar nicht zur Reichstagswahl. Es fehlt nur noch ein Tröpfchen, und unsere Geduld ist zu Ende... Wenn aber das Morden unter den SA-Leuten so weitergeht, werden wir das Notrecht unserer Partei proklamieren und dafür sorgen, daß in längstens 14 Tagen die rote Bestie erledigt ist. Heute noch wird der SA-Mann aus der Partei ausgeschlossen, der eine Waffe bei sich trägt. Es kann dahin kommen, daß der ausgeschlossen wird, der mit der Waffe sich nicht seiner Haut zu wehren weiß.

Das ist die gewissenloseste Bürgerkriegsheke, das niederträchtigste Spiel mit dem Feuer. Heute schon steht fest, daß die Nationalsozialisten niemand aus der Partei ausschließen, weil er Waffen besitzt oder gebraucht. Heute schon steht fest, daß nationalsozialistische Provokateure mit dem Abzeichen des „Antifaschistischen Kampfbundes“ der Kommunisten mit den Waffen in der Hand von der Polizei aufgegriffen wurden.

Diese klassenverräterischen Spitzelmethoden gebraucht eine Partei, die es wagt, sich als „Arbeiterpartei“ zu bezeichnen und tagtäglich in ihrer Presse wie in ihren Versammlungen die deutsche Arbeiterbewegung verleumdet und zu Gewalttätigkeiten gegen die deutschen Arbeiter aufhetzt.

Die Blutschuld der letzten Wochen fällt auf alle die, die dieses Treiben begünstigen und zum offenen Bürgerkriege aufreizen und ihn vorbereiten, um die Reichstagswahl zu verhindern und dem Volke

die Möglichkeit zu nehmen, mit dem Stimmzettel in der Hand seinen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Sichert das Wahlrecht! Laßt euch von euren Klassenfeinden nicht provozieren!

Weist aber auch denen die Tür, die von der Einheitsfront reden und in Wahrheit das Spiel der Reaktion treiben. Weist die zurück, die die in der Eisernen Front zusammengefaßten Organisationen tagtäglich in Wort und Schrift des Klassenverrats bezichtigen und damit der wahren Einheitsfront in den Rücken fallen.

Die deutsche Arbeiterklasse führt im Zeichen der Eisernen Front den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus im ganzen Lande.

Es gibt keine Einheitsfront außer der Eisernen Front!

Arbeiter! Männer und Frauen, Werktätige in Stadt und Land! Wer die Einheitsfront der werktätigen Masse ehrlich will, kämpft in den Reihen der Eisernen Front. Nur dort ist sein Platz.

Nur in strengster Disziplin, nur im Zeichen der drei Pfeile machen wir die Berechnung der Gegner auf die Zersplitterung der Arbeiterklasse zuschanden, vernichten wir ihre Hoffnung, den Freiheitswillen des Volkes in blutigen Straßenkämpfen zu ersticken.

Vertraut auf eure Kraft! Vertraut auf eure Führung!

Es lebe die Eisernen Front!
Freiheit!

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

Berlin, den 15. Juli 1932.

Wahl-Alarm

Es dröhnt der Ruf an alle Wähler,
an jede Frau, an jeden Mann:

Erhebt euch gegen eure Quäler
und tretet alle, alle an!

Ja, tretet an mit heiligem Grimme
zur Urne, daß sie eifern klirrt,
weil jede, jede, jede Stimme
jetzt Weltgeschichte schreiben wird!

Soll denn der Landsknecht jetzt regieren?

Der Junker, der Kapitalist?

Soll sich der Mord mit Lorbeer zieren?

Soll Herrscher sein der Terrorist?

Soll die Gewalt das Recht bespucken?

Soll der Revolver Richter sein?

Soll sich der freie Bürger ducken?

Soll das Kofakentum gedeih'n?

Ersehnt ihr Wilhelms Polterschnute?

Ersehnt ihr den Kasernendrill?

Ersehnt ihr wohl die Hakenknute,

mit der man euch kuranzien will?

Die Geier kreisen um die Beute

und spähen mit brutalem Blick.

Schaut auf, schaut auf, ihr Arbeitsleute,

sonst habt ihr sie bald im Genick!

Dem Reichen wird noch mehr gegeben,

dem Armen nimmt man noch den Rest.

Jetzt geht's um Freiheit wie um Leben,

drum wählt, erstickt die Nazipeist!

Wehrt euch mit eisenhartem Grimme,

so daß die Wahlfront kracht und klirrt,

weil deine, meine, jede Stimme

jetzt Weltgeschichte schreiben wird!

In Rußland -

gearbeitet - nicht geschaut!

Von einem deutschen Facharbeiter

21. Selbst erlebt, nicht geschaut

Wer Gelegenheit hatte, selbst in Rußland zu arbeiten, nicht nur zu schauen und Reisen zu machen durch verschiedene Gegenden und hier und da einen Blick in die Betriebe und Werkstätten zu werfen, wer die wahre Arbeit in Rußland am eigenen Leibe verspürt, der wundert sich nicht über die Klagen und die rasche Heimkehr so vieler angeworbener ausländischer Facharbeiter aus Rußland. Die schlechtesten sind es nicht, denn Rußland siebt und prüft scharf.

Ein kleines Erlebnis.

Im Sommer 1930 waren auf einer Bahnstation im Don-Gebiet etwa 60 deutsche Bergleute, meist echte Kommunisten, angekommen. Sie kamen aus dem Ruhrgebiet, wo sie ohne Arbeit waren.

Alles was Beine hatte, lief zur Station, begaffte die Ankömmlinge, beschnupperte sie. An mich richteten meh-

re Ruffen die Frage, ob das deutsche Kapitalisten seien, die da gekommen wären - weil sie Koffer bei sich trugen. Die Ruffen wollten es mir nicht glauben, daß es arbeitslose deutsche Bergleute waren, die in Rußland ihr Heil suchten, die der Arbeitslosigkeit entinnen wollten, die in Deutschland den kommunistischen Staat Rußland als Paradies geschildert bekamen.

Damals mußten sich die Ruffen sagen, daß man sie bellige. Sie konnten auch nicht glauben, daß es in Deutschland kein „Schlangestehen“ gibt, daß man nicht tagelang hungern muß, obwohl man Geld zum Einkauf hat, sondern daß man in Deutschland alles kaufen kann.

Den deutschen Bergleuten wurden besondere Schlafstellen zugewiesen und eine besondere Küche eingerichtet. Deutsche Kost war es allerdings nicht, die hier verabreicht wurde; man mußte sich daran gewöhnen.

Aber neue Befehle kehren gut. Bald wurde das Essen miserabel. Die deutschen Bergleute bekamen eine entfernte Ahnung davon, was die Ruffen seit Jahr und Tag durchmachen müssen. Beschwerden liefen ein, immer mehr. Vor allem

auch deshalb, weil man den Bergleuten kontraktlich 150 Rubel monatlich zugesichert hatte, von welcher Summe 30 Prozent an die zurückgebliebenen Angehörigen ausgezahlt werden sollten. Die Leute mußten nicht, daß es keinen Wert hat, Rubel nach Deutschland zu schicken, weil er dort gar keinen Wert hat und man mit ihm nichts anfangen, mit ihm nichts kaufen kann.

Je mehr sich die Beschwerden häuften, um so größer wurden die ihnen entgegen gesetzten Schwierigkeiten. Ja, man verdächtigte die Bergleute, gar keine richtigen Kommunisten, sondern Gegenrevolutionäre zu sein. Das stimmte allerdings nicht ganz. Es waren schon echte Kommunisten - doch deutschen Formats. Und hierin besteht der ungeheure Unterschied. Man bemühte sich auch, sie in die russische Partei zu ziehen, damit man alle Machtmittel gegen sie habe. Das gelang aber nicht, dazu waren die Bergleute nun doch etwas zu schlau.

Ganz frapperend war es, daß man von ihnen verlangte, sie sollten täglich neun Stunden, statt acht, arbeiten. Auch das lehnten die Bergleute ab, ganz strikte, mit dem Hinweis, sie hätten in Deutsch-

Für gerechte Lastenverteilung

Von Erich Rinner

Die erste Notverordnung der Regierung der Nazibarone stellt einen Rekord an sozialer Ungerechtigkeit dar. Sie läßt alle Lasten den breiten Massen auf und verteilt an die Besitzenden Geschenke. Den werktätigen Schichten bringt sie eine Milliarde Sozialabbau und ¼ Milliarden neue Steuern, den Besitzenden aber 100 Millionen Steuererlaß. So sieht also „die Anpassung an die Armut der Nation“ aus, die die Junkerregierung in ihrer Regierungserklärung angekündigt hat. Diese Anpassung an die Armut gilt nur für die Arbeitslosen und Sozialrentner, für die Kriegsbeschädigten und für die Wohlfahrtsempfänger, nicht aber für die hohen Gehälter und Pensionen, für die Kapitalisten und Großagrarier.

Die Junkerregierung hat nicht den Mut, die Verantwortung für ihre erste Notverordnung selbst zu übernehmen. Die Nazis machen verzweifelte Anstrengungen, die Mitschuld an der Notverordnung dieser Regierung abzuleugnen, der sie selbst in den Sattel geholfen haben. Deshalb versuchen Nazis und Junkerregierung gemeinsam, die Schuld an den ungeheuren Belastungen von sich abzuwälzen und einer angeblich sozialistischen Finanzmizwirtschaft in den letzten Jahren in die Schuhe zu schieben. Wie steht es in Wirklichkeit mit dieser marxistischen Mizwirtschaft?

In den letzten 13 Jahren war der Posten des Reichsfinanzministers nur 1¼ Jahre lang durch einen Sozialdemokraten besetzt. Als er sein Amt antrat, hatten seine bürgerlichen Vorgänger alle Ueberschüsse verwirtschaftet und ihm ein riesiges Defizit hinterlassen. Als dann die Wirtschaftskrise hereinbrach, mußte sie zwangsläufig zu immer neuen Fehlbeträgen in den öffentlichen Haushalten führen.

Der entscheidende Fehler aber in der Finanzpolitik der letzten Jahre war die unsoziale und ungerechte Lastenverteilung. Alle Opfer wurden den breiten Massen auferlegt; die Erleichterungen aber kamen fast ausschließlich den Besitzenden zugute. Die Massensteuern wurden immer aufs neue erhöht: Tabaksteuer und Biersteuer wurden mehrmals verschärft, Umsatzsteuer, Getränkesteuer und Zuckersteuer wurden wesentlich heraufgesetzt, Bürgersteuer, Krisensteuer und Konsumvereinssteuer wurden neu eingeführt. Und zu all diesen schweren Belastungen hat die Regierung der Nazibarone jetzt noch die Arbeitslosenabgabe und die Salzsteuer hinzugefügt. Die Besitzsteuern aber wurden dauernd gesenkt: Die Rentenbankbelastung der Landwirtschaft wurde völlig aufgehoben, die Sondervermögenssteuer der Großindustrieunternehmungen (Industriebelastung) wurde auf ¼ abgebaut, die Realsteuern, die Hauszinssteuer, die Kapitalverkehrssteuern wurden ermäßigt, die Kapitalertragssteuer zum größten Teil außer Kraft gesetzt, die Freigrenze bei der Vermögenssteuer wurde erhöht.

In dieser Steuerscheu des Besitzes und nicht in einer angeblich marxistischen Mizwirtschaft liegt die Hauptursache dafür, daß die Sanierung der öffentlichen Finanzen immer noch nicht gelungen ist. Das Besitzbürgertum hat durch eine jahrelange zielbewußte Politik der Lastenabwälzung alles darauf angelegt, die finanzielle Grundlage des Staates zu untergraben. Jetzt, nachdem ihm das gelungen ist, hat dasselbe Besitzbürgertum die Stirn, die Verantwortung für die Folgen seiner Politik einer „sozialistischen Finanzpolitik“ zuzuschreiben, die es nie gegeben hat.

Die Regierung der Nazibarone hat mit ihrer neuen Notverordnung bewiesen,

daß sie die Besitzenden noch mehr schonen und begünstigen, die breiten Massen aber noch mehr belasten und überbürden will. Diese Finanzpolitik muß zum Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen führen. Ein solcher Zusammenbruch mit seinen verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen kann nur vermieden werden, wenn an die Stelle der unsozialen und ungerechten Lastenverteilung, wie sie die Nazibarone durchgeführt haben, eine soziale und gerechte Lastenverteilung tritt. Gewiß können nicht alle Milliardenlasten allein den Besitzenden auferlegt werden. Aber es muß Schluß gemacht werden mit dem bisherigen System, die Massensteuern zu erhöhen und die Besitzsteuern zu senken. Nach all den Abbaumaßnahmen, nach all den Massensteuerverhöhungen der letzten Jahre müssen endlich die Besitzenden zu fühlbaren Opfern herangezogen werden.

Anstatt auch die kleinsten Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die neue Arbeitslosenabgabe rücksichtslos zu belasten, müssen endlich auch die Besitzenden durch einen kräftigen Zuschlag zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf die hohen Einkommen erfaßt werden. Die Furcht vor der Kapitalflucht und die Sorge um die Kapitalbildung, die bisher einer Erhöhung der Einkommensteuer entgegenstanden, sind jetzt hinfällig geworden. Die Kapitalflucht ist auf Grund sozialdemokratischer Vorschläge durch die neue Devisenzwangswirtschaft fast unmöglich gemacht und die Kapitalbildung ist aus anderen Gründen nahezu lahmgelegt. Selbst in den hochkapitalistischen Vereinigten Staaten von Amerika sind jetzt die Sätze der Einkommensteuer bis auf 55 Prozent erhöht worden, während sie bei uns nur bis zu 40 Prozent gehen.

land lange genug um den Achtstundentag gekämpft und verstanden dieses Ansinnen an sie im kommunistischen Sowjetstaat absolut nicht. Er predige doch Freiheit und Menschenrechte.

22. Fort, nur wieder fort!

All diese Vergleute wären schon gerne — wie gerne — nach ganz kurzer Zeit nach Deutschland zurückgekehrt, wenn dies so einfach gewesen wäre.

Nach 10 Wochen aber waren sie alle weg, trotzdem sie fast ohne Ausnahme in Deutschland keine Arbeit zu erwarten hatten und für fünf Jahre nach Rußland verpflichtet waren.

Ich erinnere mich recht lebhaft an den Abschied des letzten und größten Trupps. Er war etwas anders als die Ankunft. Damals trat einer vor die Reihe der Vergleute und gab mit einigen Worten seiner Freude darüber Ausdruck, daß man nun endlich im kommunistischen Staate sei. Davon fiel bei der Abreise kein Wort. Doch andere sehr derbe Ausdrücke und das Versprechen, man werde in Deutschland die nötige Aufklärung über das Sowjet-Paradies schaffen.

Das scheinen die Zurückgekehrten in

die Tat umgesetzt zu haben. Einige Wochen später konnte man nämlich in der Sowjet-Presse lesen, daß die in diesem Bezirk ehemals beschäftigten deutschen Vergleute in ihrer Heimat, dem Ruhrgebiet, ihre Erlebnisse öffentlich kundtaten. Es war dies eine jener kleinen Notizen in der russischen Presse, die eine tiefe Wahrheit in sich bergen, aber leicht übersehen werden, da andere Artikel, vor allem diejenigen über den Fortschritt des „Fünfjahresplanes“, so grobklotzig aufgemacht werden, damit der unbefangene Leser in ihren Bann gezogen wird.

Was die russische Presse überhaupt betrifft, so ist zu sagen, sie ist stark uniformiert. Eine Zeitung hat ein ganz ähnliches Aussehen, einen ganz ähnlichen Inhalt wie die andere. Die meisten Meldungen, ja selbst die Leitartikel, werden zu bestimmten Zeiten des Tages mittels Rundfunk durch ganz Rußland von der amtlichen Stelle aus verbreitet. Reguläre öfters wiederkehrende Meldungen aus dem Ausland finden sich selten. Mit Deutschland und seiner Lage dagegen beschäftigt man sich ausgiebig und schildert

die Verhältnisse dort so, daß die Russen jene Vorstellung haben müssen, welche sie beispielsweise bei der Ankunft der deutschen Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet kundtaten.

Von einer Stelle aus, vom Sowjetrat, wird die öffentliche Meinung gebildet. Die Zensur ist scharf, man würde sich hüten, eine Nachricht zu geben, welche dem obersten Herrscher Sowjetrußlands nicht genehm wäre. Fünfjahresplan und Kriegshege anderer Staaten gegen Rußland, das sind die beiden Angelpunkte der russischen Presse.

Unterstützt wird die Presse in ihrer Propaganda durch den Rundfunk. In jeder Stadt und bei großen Industrieanlagen hört man durch mächtige, öffentlich aufgestellte Lautsprecher tagtäglich den Ruf „An alle“. Aus den entferntesten Gegenden und Winkeln Rußlands, die niemand kennt, von denen man sich keine Vorstellung machen kann, kommen Berichte über Kohlenförderung, Gewinnung von Eisen, Kupfer, Erzeugung von Elektrizität und Ernteberichte. Gigantische Zahlen werden genannt und zur Nachlieferung aufgefordert.

„Ihr dummen Ziegen“

Anstatt die Lebenshaltung der Erwerbslosen und der Sozialrentner durch den Sozialabbau auf der ganzen Linie bis weit unter das Existenzminimum herabzudrücken, müssen endlich die großen Vermögen durch eine scharfe Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer getroffen werden. Unsere Vermögenssteuer beträgt nur 4 Prozent und auch unsere Erbschaftsteuer ist wesentlich milder als z. B. die englische Erbschaftsteuer. Ein Vorstoß Silberdings als Reichsfinanzminister im Jahre 1929 zur Verschärfung der Erbschaftsteuer ist jedoch an der Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien gescheitert.

Anstatt den lebensnotwendigsten Massenverbrauch durch Salz- und Schlachtsteuer aufs schwerste zu belasten, muß endlich der Luxusverbrauch der wohlhabenden Schichten einer umfassenden Besteuerung unterworfen werden. Sogar in Amerika hat man sich jetzt entschlossen, hohe Luxussteuern auf fast alle Luxusartikel einzuführen. Es ist höchste Zeit, daß das auch in Deutschland geschieht.

Das sind die finanzpolitischen Forderungen, um die bei der Reichstagswahl gekämpft wird. Das ist der Weg, auf dem die Sanierung der öffentlichen Finanzen durchgeführt werden kann, ohne die Kaufkraft der breiten Massen weiter zu schwächen und dadurch die Wirtschaftsschrumpfung noch mehr zu verschlimmern.

Wer will, daß diese Parole zum Siege geführt wird, wer will, daß Schluß gemacht wird mit dem brutalen Sozialabbau, mit den rücksichtslosen Massensteuerverhöhungen und mit den freigebigen Steuergeschenken und Subventionen an die Großkapitalisten, wer will, daß endlich auch die Besitzenden Opfer bringen müssen, der muß in diesem Reichstagswahlkampf alle Kräfte daransetzen, daß der Junkerregierung und ihren nationalsozialistischen Bundesgenossen am 31. Juli die Quittung für ihre Politik der Volksbedrückung und der Besitzbegünstigung erteilt wird.

Das sind die Worte, mit denen Mütter, die ihre Söhne im Kriege hergegeben haben, im Preussischen Landtag von nationalsozialistischen Abgeordneten beschimpft und entehrt worden sind. Nach einer Erklärung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion spielte sich der Vorgang folgendermaßen ab:

In der fünften Sitzung des Preussischen Landtags vom 8. Juni 1932 wurde, als der sozialdemokratische Redner Abg. Drügelmüller erklärte: „Sie können uns national nicht beleidigen“ von nationalsozialistischen Abgeordneten, insbesondere dem Abg. Ahlemann, wiederholt gerufen: „Ihr Landesverräter!“ Daraus entspann sich ein Wortwechsel zwischen einer Gruppe nationalsozialistischer Abgeordneter, die sich um Ahlemann scharten, und einigen Frauen der sozialdemokratischen Fraktion. Die Abg. Frau Bollmann, deren damals 19jähriger Sohn Walter am 15. April 1918 an der Westfront gefallen ist, wurde von nationalsozialistischen Abgeordneten mit dem Gegenruf bedacht:

„Was versteht ihr Weiber von Politik!“

Die Abg. Frau Kähler, deren damals 21jähriger Sohn am 22. Juni 1917 an der Ostfront verlegt wurde, rief:

„Aber unsere Jungen durften wir hergeben!“

Darauf kam aus der bezeichneten Gruppe die Antwort:

„Ihr dummen Ziegen, dafür sind sie euch ja gemacht worden.“

Dieser Zuruf ist von einer ganzen Anzahl weiblicher Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion gehört worden. Die weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion haben ihn daher mit Namensunterschrift der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Unmittelbar nach dem Vorgang, der wegen der ungeheuerlichen Art, wie deutsche Mütter beschimpft wurden, bei den Ohrenzeugen heftige Empörung auslöste, wurde der Gesamt-

fraktion von dem Tatbestand Mitteilung gemacht. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die den Zuruf selbst gehört haben, sind bereit, die Richtigkeit dieser Sachdarstellung jederzeit mit ihrem Eid zu bekräftigen.

So der Vorgang, den die Nationalsozialisten angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl am liebsten ungeschehen machen möchten. Zum 31. Juli buhlen sie wieder um die Stimmen der von ihren Abgeordneten im Preussischen Landtag beschimpften und entehrten Frauen und Mütter. Gebt ihnen die verdiente Antwort:

Wählt Sozialdemokraten!

Das ist Faschismus!

„Der Faschismus in Italien hat den Arbeitern ihre eigene Partei und ihre eigenen Zeitungen genommen, er hat dort alle Arbeitergewerkschaften ebenso unterdrückt wie die Betriebsräte, er hat die Arbeiter von der Arbeitsgerichtsbarkeit ausgeschlossen und ihre Konsumgenossenschaften zerstört, er hat die selbständigen Bildungseinrichtungen, die eigenen Sport- und Turnverbände wie alle anderen Einrichtungen der Arbeiterschaft unterdrückt. Mussolini hat jede Koalitions-, Vereins-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit — außer für Faschisten — vernichtet.

Die Arbeiter sind aus der italienischen Kommunalverwaltung hinausgeprügelt worden (sie hatten in 3000 Gemeinden die Mehrheit), in der faschistischen Diktatur gibt es keine parlamentarische Selbstregierung und keine Selbstverwaltung, weder in der Gemeinde noch im Kreis oder in der Provinz, weder bei den Versicherungen noch sonstwo.“

(Aus der Broschüre: „Diktatur“.)

Italien gilt den deutschen Faschisten als Vorbild. So also wollen die Nazis ihr „Drittes Reich“ in Deutschland errichten. Denkt daran am 31. Juli!

23. Hygiene, sanitäre Einrichtungen

Ein besonderes Kapitel in Rußland sind Hygiene und sanitäre Einrichtungen, worauf schon an anderer Stelle zum Teil hingewiesen wurde.

Auf dem Lande gibt es keine Krankenhäuser; es sei denn in großen Dörfern. Dort hat man irgendeinen früheren Bauernhof oder Herrensitz, dessen Eigentümer vertrieben wurden, beschlagnahmt und hergerichtet zu diesem Zwecke.

Gewöhnlich hat ein älterer Arzt die Leitung. Schwestern sind da, die Behandlung erfolgt kostenlos, allerdings nur für diejenigen, die in Arbeit stehen.

Wenn ein Patient vorspricht, nimmt sich seiner ein Mädchen an, im Alter von 22 bis 25 Jahren. Berechtigte Zweifel treten auf, ob diese Frau etwas von einer Diagnose verstehe, ob sie ausgebildet oder nur angelehrt ist.

Im Untersuchungszimmer ist neben dem Tisch ein Hörrohr die einzige Ausstattung, sonst steht nichts zur Verfügung — abgesehen von dem Hauptinstrument, dem Thermometer.

Bei den „Untersuchungen“ geht es wie beim Wareneinkauf vor sich. „Schlange-

stehen“ vor der Tür. Die Arbeiter genießen den Vorrang.

Die Untersuchung belehrt mich, daß es sich noch nicht einmal um eine angelehnte „Ärztin“ handelt. Sie sucht das Uebel an ganz anderer Stelle, weiß nicht, wie sie sich anstellen soll. Die Hauptsache ist immer die Temperaturmessung. Hat man kein Fieber, so ist man nach russischer Ansicht auch nicht krank und darf deshalb auch nicht aussetzen. Daß es eine große Zahl von Krankheiten gibt, die kein Fieber als Begleiterscheinung haben, scheint noch nicht bis Rußland vorgedrungen zu sein.

Hat man nun wirklich Fieber, ist man wirklich „krank“, so verschreibt das Mädchen irgendein Pulver. Man ist entlassen und kann die Medizin im Nebenraum in Empfang nehmen. Alles kostet nichts — und hilft auch nichts!

Die verabreichte Medizin ist gewöhnlich ein graues Pulver oder eine ölige Flüssigkeit. Echte Arzneien sind sehr rar und weit und breit nicht vorhanden. Ebenso selten sind Binden, Bandagen sowie alles Verbandszeug.

Wer in Rußland krank werden sollte als Ausländer, dem ist dringend zu raten,

wenn es einigermaßen sein Zustand zuläßt, so rasch wie möglich über die Grenze zu kommen und den Aufenthalt in einem russischen Krankenhaus zu vermeiden.

24. Schlußwort

Ununterbrochen, Tag und Nacht, ohne jegliche Pause, wird seit Aufnahme des Fünfjahresplanes gearbeitet. Selbst am Gedenktag der Revolution, im Oktober, forderte man die Belegschaften auf, nur einen Tag, nicht zwei, auszusetzen, mit der Begründung, daß dadurch die Erfüllung des Planes Not leiden könnte.

Es ist nun eine alte Erfahrung, daß nicht nur die Menschen, sondern auch die Maschinen ab und zu einmal Ruhe haben müssen, sollen sie nicht vorzeitig ihr Ende finden. Doch die Motore, die Maschinen und alles andere, sie müssen ständig in Bewegung sein. Der Russe kennt es eben nicht anders. Das geht eine Zeitlang, dann streikt der Mechanismus, dann liegt alles still, was von der Maschine abhängig, was an sie angeschlossen ist. Gewöhnlich sehr viel. Der Erfolg ist, daß tausend Hände ruhen müssen, Millionen verlorengehen. Viel, viel mehr, als wenn man — wie es in allen regulären Betrieben der

Die Brinzenpartei

Der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“-Partei Adolf Hitlers gehören als Mitglieder oder Freunde folgende Schwerstarbeiter an:

Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen, Prinz August Wilhelm von Preußen, Herzog Eduard von Koburg, Prinz Friedrich von Schaumburg-Lippe, Prinz Friedrich von Waldeck, Prinz Arenberg, Prinz Franz von Thurn und Taxis, Prinzessin von Meiningen, Prinzessin Reuß, Erbprinz Leopold von Koburg, Prinz Alexander von Preußen, Fürst Starhemberg, Fürst Eulenburg-Liebenberg, Graf zu Reventlow, Graf Schmerin, Graf Spretti, Graf Hellendorf, Graf Solms-Laubach, Graf von Kleist, Graf Moulins-Eckart, Graf Reischach, Freiherr von Elz-Rübenach, Freiherr von Wangenheim, Freiherr von der Goltz, Freiherr von Butlar, Großgrundbesitzer von Heimdahl, Großgrundbesitzer von Corswant-Cuntzow, General von Etkmann, General von Liebert, General Ritter von Epp, General Freiherr von Geislingen, Oberst Hierl, Oberst Haselmayner.

Im vergangenen Reichstag waren die Nationalsozialisten mit 107 Abgeordneten vertreten, davon waren 33 Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Kaufleute, 31 höhere und mittlere Beamte, 19 Anwälte, Ärzte und freie Berufe, 9 pensionierte Offiziere, 8 Angestellte und nur 7 Arbeiter.

Im neugewählten Bayerischen Landtag sitzen 43 nationalsozialistische Abgeordnete. Ein einziger davon ist Arbeiter; auch das neugewählte oldenburgische Parlament hat unter 19 nationalsozialistischen Abgeordneten nur einen Arbeiter aufzuweisen. Ebenso das heffische.

Kein Wunder, daß dieser Partei die wiedererlaubte Kakaolizenz wichtiger ist als die Unterstützung der Arbeitslosen und als die Renten der Kriegsoffer, deren Kürzung durch die letzte Notverordnung sie infolge ihrer Tolerierungspolitik ermöglichten.

Kriegerwaisen fahren nach Frankreich

In fröhlicher Stimmung und voll gespannter Erwartung sind Donnerstag früh aus Berlin und der Provinz Brandenburg 24 Kriegerwaisen und Kinder Kriegsbeschädigter, denen sich unterwegs noch ebensoviele aus Hannover, Westfalen und dem Rheinland anschließen werden, nach Frankreich gefahren. Sie folgen einer an den Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen von der größten französischen Kriegeropferorganisation, der über 1 Million Mitglieder zählenden Union Fédérale gerichteten Einladung.

Die vom Reichsbund entsandte Kindergruppe geht nicht zu einzelnen Familien in Frankreich, sondern sie wird in Schulinternaten, die mit Hilfe der Gesellschaft für konationale Erziehung zur Verfügung gestellt wurden, zusammen mit französischen Kriegerwaisen und Kindern Kriegsbeschädigter untergebracht. Dieser Versuch, die Kinder der Kriegsgefallenen und der Kriegsbeschädigten zusammenzuführen und ihnen die Möglichkeit einer Annäherung und Verständigung zu bieten, verdient die Unterstützung der Friedensfreunde der ganzen Welt. Erfreulicherweise haben auch das Auswärtige Amt und die Pädagogische Auslandsstelle sowie die Schuldeputation in Berlin sich um das Zustandekommen dieser Frankreichs-fahrt der Kriegerwaisen verdient gemacht.

Die Kinder fahren zunächst nach Lille, wo sie von dem Direktor Chatelet der Universität in Lille und den deutschen Transportbegleitern Oberlehrer Trümpener, Frau Dr. Gordon und Lehrer Nolte sowie einigen französischen Lehrern betreut werden. Abgesehen von den üblichen offiziellen Empfängen sind Besuche in Textilfabriken, Hafenanlagen, Badeorten vorgesehen. Selbstverständlich werden die Söhne und Töchter jener Männer, die ihre Gesundheit oder ihr Leben im Kriege opfern mußten, auch die Schlachtfelder besuchen. Nach einem kurzen Aufenthalt

in Arras wird dann ein mehrtägiger Aufenthalt in Paris den Abschluß der Frankreichsreise bilden.

Wöge dieses neu in Angriff genommene Austauschwerk des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten dazu beitragen, die Verständigung der vom Krieg besonders hart betroffenen Kinder Deutschlands und Frankreichs zu fördern und damit den Frieden der Welt zu sichern.

Rundfunkgebühren für Arbeitslose frei

Der sozialdemokratische Vertreter im Verwaltungsrat der Reichspost, der Abgeordnete Dr. Herz, hat seit Jahren die Befreiung aller Arbeitslosen von der Rundfunkgebühr gefordert. Zuletzt auf der Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Bundes referierte er über seine Bestrebungen, die in einer Resolution und einem offenen Brief gipfelten, die im letzten Heft des „Volksfunk“ abgedruckt waren. Die sozialdemokratische Arbeit hat Erfolg gehabt! Das neueste Heft des „Volksfunk“, Nr. 29, berichtet ausführlich darüber. Es enthält u. a. das vorgeschriebene Formular, auf dem die Arbeitslosen den Antrag auf Gebührenbefreiung stellen müssen. Unter anderem plaudert aus dem Badeleben ein indiscret Tagesbuchblatt mit Fotos. Neben der „Volksfunk“-Wochenschau werden Sommermoden vorgeführt und für den Bastler der Selbstbau eines Mikrofons beschrieben.

Der „Volksfunk“ mit ausführlichem Europa-Programm, Vorschau, Rückschau, Einführungen, kleinen Sendungen, medizinischem Ratgeber, Küchenzettel und noch vielem anderen kann für monatlich 96 S bei jeder Postanstalt oder Buchhandlung bestellt werden. Kostenlose Probehefte fordert man vom „Volksfunk“-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Fall ist — auch der Maschine die notwendige Erholung gönnte und dabei die sich mittlerweile bemerkbar machenden Instandsetzungsarbeiten ausführen würde.

Werden neue Maschinen in Betrieb genommen, so haben sie sich in diesen wahnwitzigen, tollen Prozeß einzugliedern. Es gibt keine Schonung. Unvernünftiger Raubbau wird getrieben; die Maschinen werden in den Tod gehetzt. Sie müssen laufen, immer, immer nur laufen — und dann dürfen sie nicht selten monatelang stillstehen!

Auch das ist eine Auswirkung des Planes, eine sehr kostspielige sogar. Mit ziemlicher Sicherheit kann man bei den geschilderten Verhältnissen voraussehen, daß die Maschinen und Motore, die Sowjetrußland aus dem Auslande bezog — und heute noch bezieht —, zum kleinen Teil auch selbst hergestellt, innerhalb einer bestimmten Frist, fagen wir 2—3 Jahre, in einem solchen Zustand sein werden, daß sie ruhig zum alten Eisen geworfen werden können.

So einfach ist es denn nun doch nicht, ein erstklassiger, alle anderen Staaten überflügelnder Industriestaat innerhalb ganz kurzer Zeit zu werden. Durch große

Propaganda und schwere Straandrohungen allein wird man nicht helfen können, sondern nur durch verständiges, geduldiges Einarbeiten.

Daß die Arbeit am Fünfjahresplan bis jetzt nicht das brachte, was man erhoffte und erstrebte, scheint man auch schon eingesehen zu haben. Im Jahre 1930 machte man noch enorme Reklame und verkündete, daß der Plan in 3½ Jahren ausgeführt sein würde. In neuerer Zeit spricht man schon von einem 10 bis 15 Jahre in Anspruch nehmenden Plan, der sich im Jahre 1933 dem Fünfjahresplan anschließen soll.

Wie dem aber auch sei: Ob der Fünfjahresplan gelingt oder ob der ihm folgende Plan den in ihn gesetzten Erfolg haben wird, das kann hier nicht beurteilt werden.

Daß sich aber in Rußland die Verhältnisse bis in den Herbst 1931 hinein nicht gebessert haben, beweisen mir Nachrichten von Arbeitskollegen. Unter anderem erhielt ich auf offener Karte Nachricht aus dem Ural, in welcher es heißt: „Ich bin nun zurück nach Moskau. Im Ural . . . bin ich buchstäblich fast verhungert.“

Vorsicht — der Rubel!

Noch eine eindringliche Warnung. Es ist fast allen Rußlandsfahrern unbekannt, daß die von dem Arbeiter in der Sowjetunion verdienten Rubel nur in Rußland Wert und Geltung haben. Der Rubel steht außerhalb dieses Landes nicht in den Kurslisten, und wo er „schwarz“ gehandelt wird, dann zu einem Preise, der ungefähr ein Achtel des Wertes oder rund 25 Pfennig ausmacht.

Fährt ein ausländischer Facharbeiter nach Hause in Urlaub, so kann er bei der Bank in Moskau oder Charkow 30 Rubel in deutsches Geld umwechseln und erhält 60 Mark. Hat man mindestens 18 Monate gearbeitet, so wird der Wechselbetrag auf 75 Rubel erhöht. Den Rest des Geldes aber soll der Facharbeiter in Rußland verbrauchen. Mancher möchte das schon gerne, obwohl er doch Ersparnisse mit nach Hause bringen wollte, doch er kann ja gar nichts kaufen, es sei denn zu unverschämten Wucherpreisen.

Alle anderen Gelder aber werden ihm an der Grenze ohne Gnade abgenommen. Man hat also gearbeitet, gehungert dazu — alles umsonst. Das ist Rußland!